

Der Frieden hängt am seidenen Faden

- Beobachtungen einer Reise durch Sri Lankas Norden und Osten -

von Walter Keller

Die Tamilin Vimaladevi Amaladas ist Witwe. Die 28-jährige teilt dieses Schicksal mit vielen anderen jungen Frauen im östlichen Batticaloa Distrikt von Sri Lanka. "Im Mai 1992 ist mein Mann zusammen mit drei anderen von Soldaten verschleppt worden. Die Männer sammelten gerade Feuerholz in der Nähe von Nallatanniodai. Seitdem habe ich ihn nie wieder gesehen". Meist waren es Vergeltungsaktionen der 'Special Task Force', einer Spezialpolizeinheit, die im Osten während der letzten Jahre die Menschen terrorisierte. Anschläge der separatistischen 'Tamil Tigers' (LTTE) sollten so gesüht und der Bevölkerung eingebläut werden, daß niemand eine Chance gegen die Allmacht

des Militärs und der Polizei habe. Vor allem junge Männer wurden verschleppt, in Militärlager und Kerker, wie dem berühmtesten Kalladi-Gefängnis, gefoltert. Viele verschwanden auf nimmer Wiedersehen.

Die junge Frau mit drei Kindern im Alter zwischen vier und sieben Jahren erzählt im Büro von Herrn Mahesan über ihr Leid. Er ist Regierungsbeamter und Leiter des 'Divisional Secretariats' von Mannunan West, einem Gebiet etwa zehn Kilometer östlich der Küstenstadt Batticaloa, das in den vergangenen Jahren besonders unter dem "Krieg im Paradies" zu leiden hatte. Dabei bleibt Vimaladevi gefaßt, denn zu viel ist in dieser Gegend schon passiert. Die Men-

schen sind abgehärtet, erzählen ihre Lebensgeschichte, als sei es fast schon normal, in diesem Alter bereits verwitwet zu sein und zu den Tausenden von Frauen zu zählen, denen der Krieg die Männer geraubt hat. Eine Entschädigung habe sie bisher nicht erhalten, denn ihr Mann gilt nach wie vor als "vermißt". 50.000 Rupien Abfindung (etwa 1.600 DM) werden von der Regierung nur dann gezahlt, wenn ein Totenschein vorgelegt werden kann. So verdingt sich die junge Frau unregelmäßig als Tagelöhnerin. Gerade ist in diesem landschaftlich malerischen Gebiet Reiserte, 100 bis 150 Rupien kann sie beim Schneiden des "paddy" täglich verdienen. Ansonsten lebt sie von dem Geld,



Allein im Batticaloa-Distrikt gibt es mehrere tausend Witwen (Foto: Michael Mertsch)

das ihr aus einem Programm der Regierung zur Unterstützung von Bedürftigen ("public assistance programme") zufließt. Für Grundnahrungsmittel erhält sie Lebensmittelmarken. Das macht für sie und ihre drei Kinder monatlich insgesamt 310 Rupien - zum Sterben und zum Leben gleichermaßen zu wenig. Ein Kilo Reis kostet auch nach der Regierungsübernahme von Präsidentin Chandrika Kumaratunga in dieser Gegend 15 bis 18 Rupien, ganz zu schweigen von den anderen Lebensmittelpreisen, die nur während des Wahlkampfes und kurz nach der Regierungsübernahme der 'Peoples Alliance' Ende des letzten Jahres sanken, mittlerweile aber wieder kontinuierlich ansteigen. Vermutlich hat die neue Regierung erkannt, daß sie nicht über längere Zeit einen großen Teil der Lebensmittelpreise subventionieren kann. Weltbank und Internationaler Währungsfonds, die zunehmend Einfluß auf die Politik des Landes ausüben, sind sowieso gegen solche "Wohlfahrtsprogramme". Strukturanpassung ist gefragt, dabei bleiben die Armen meist auf der Strecke.

Mahesan, der Regierungsbeamte, kann da auch nicht viel tun. "Hier in meinem Bezirk gibt es etwa 500 junge Witwen, im gesamten Batticaloa Distrikt sind es mehrere tausend Frauen, die ihre Männer während der letzten Jahre verloren haben". Heiraten dürfen sie nicht mehr - sie bleiben verwitwet bis an ihr Lebensende, dies verlangt ein ungeschriebenes soziales Gesetz. "Es sind nur ganz wenige die sich trauen, dieses 'Gesetz' zu unterlaufen", sagt Kumudhini Samuel von der Frauengruppe 'Shilpini' in Colombo. "Und das macht ihre Lage dauerhaft schlimm. Die Frauen und Kinder sind sich selber überlassen. Im günstigsten Fall kann die Frau zurück zu ihrer Familie". Einigen der Opfer wird durch nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen geholfen. EHED, eine Organisation der katholischen Kirche, die vor allem vom deutschen Hilfswerk Misereor ihre Gelder erhält, hat Nebenerwerbsmöglichkeiten geschaffen - ein kleiner Hoffnungsschimmer.

"So schlimm, wie es zwischen 1990 und 1993 war, ist es gottseidank nicht mehr", betont Herr Mahesan. Die neue Regierung, von der man glaube, sie sei wirklich an einer Lösung des Konfliktes interessiert, habe gerade Mitte Januar eine Kommission ernannt - die 'Presidential Commission of Inquiry into Involuntary Removal and Disappearances' -, um die vielen Fälle untersuchen zu lassen, bei denen Menschen einfach spurlos verschwanden. "Für einige, die immer noch nicht wissen, ob ihre Männer leben oder tot sind, gibt es einen kleinen Hoffnungsschimmer". Aber von Normalität sei das Land trotzdem noch

weit entfernt.

Zwischendurch hat eine andere Frau sein Büro betreten, um sich die Lebensmittelmarken abzuholen. Auch diese Frau ist Witwe. Lukshmi Selvarajah hat ihren Mann in Kakkaddicholai verloren. Sie erzählt, wie in den kleinen Ort am 12. Juni 1991 Regierungssoldaten eingedrungen waren und als Vergeltungsmaßnahme für die Ermordung von zwei Kameraden durch die LTTE über 50 Zivilisten erschossen hatten. Weil ihr Mann als Opfer des Massakers identifiziert wurde, hat Lukshmi im Gegensatz zu Vimaladevi einen Totenschein erhalten und konnte die 50.000 Rupien Entschädigung beantragen. Das Geld liegt jetzt auf einem Konto, von dem sie nur die Zinsen abheben kann. "Wir wollten mit dieser Maßnahme vorbeugen. Hätten die Witwen frei über ihr Geld verfügen können, wäre vermutlich bei den meisten schon nichts mehr übrig. Es gibt zu viele Hyänen wie die LTTE oder andere tamilische Gruppierungen die nur darauf warten, dieses Geld zu erpressen. So können die Frauen zumindest von ihren Zinsen leben", erläutert Joseph Pararajasingham, einer der aktivsten tamilischen Politiker und Parlamentsabgeordneter der 'Tamil United Liberation Front' (TULF), der ehemals im Norden und Osten bedeutendsten Tamilenpartei, die ab Mitte der 80-er Jahre durch zunehmende Militanz im tamilischen Lager ihren Einfluß fast gänzlich an die LTTE verlor. Bei den Parlamentswahlen im August letzten Jahres erlebte die TULF, deren einstige Führer fast alle von den 'Tamil Tigers' ermordet wurden, fast so etwas wie eine politische Wiedergeburt - zumindest in der Ostprovinz hat sie wieder an Stärke gewonnen. Ein großes Verdienst daran hat Pararajasingham, der, gemeinsam mit seiner Frau, zu jeder Tages- und Nachtzeit für die Bevölkerung Batticaloas da ist.

"Was die Menschen in Batticaloa in den letzten Jahren alles erlitten haben, ist kaum zu beschreiben", erzählt der Politiker weiter. "Wir alle sehnen uns deshalb natürlich nach Frieden und setzen auf die neue Präsidentin, die hier in Batticaloa bei den Wahlen im November 80 Prozent der Stimmen erhielt. Nirgendwo sonst war ihr Ergebnis besser". Es habe nach dem überwältigenden Wahlsieg zwar alles gut begonnen, mittlerweile sei er aber nicht mehr so optimistisch. "Wenn Sie mich vor drei oder vier Wochen nach der Lage gefragt hätten, dann hätte ich Ihnen geantwortet: 'Ich bin sehr zuversichtlich'". Nicht nur Pararajasingham befürchtet trotz der derzeit laufenden Gespräche zwischen Regierungsvertretern und LTTE neue Auseinandersetzungen. Auch Mitglieder des Friedenskomitees von Batticaloa sind ähnlich skeptisch: "Wir wer-

den an den Juni 1990 erinnert. Damals gab es auch einige Monate relativen Frieden. Jetzt sehen wir, wie die Soldaten neuen Stacheldraht um ihre Militärlager spannen und Bunker ausheben. Das deutet doch auf neue Kämpfe hin".

Tatsächlich ist von Entspannung allenfalls entlang der Hauptstraße etwas zu spüren. Zwischen Batticaloa und den südlicher liegenden Küstenorten gibt es nicht mehr ganz so viele Kontrollpunkte der Sicherheitskräfte. Sobald man von dort westlich über die Lagunen wechselt, sieht die Lage jedoch anders aus. Hier herrscht das Militär, sinhalaisische Soldaten, gerüstet bis an die Zähne, die weiter furchterregend Präsenz zeigen. Bei einem Gespräch mit Bewohnern des Dorfes Vavunatheevu, das im Juni 1990 zum großen Teilen von der Armee niedergebrannt wurde, ziehen über 100 Soldaten mit finsternen Minen vorbei. "Wir sind solche Fußpatrouillen mittlerweile gewöhnt", sagen die Bewohner später auf die Frage, ob so etwas nicht jedem den Angstschweiß auf die Stirn treibe. Und ständig wird kontrolliert, was besonders jetzt während der Erntezeit höchst unerfreulich ist. "Was heißt denn schon Entspannung. So sieht man es vielleicht von Colombo aus. Auch in den Medien wird davon geredet. Die Realität sieht anders aus", kritisiert Pararajasingham. "Die Bauern brauchen für den Transport ihrer Ernte hin zu den Verkaufsstellen in der Stadt Batticaloa eine Genehmigung des Militärs. Und wenn sie die haben, dann werden ihnen an den Checkpoints die Reissäcke vom Traktor geholt, ihr Inhalt auf die Straße entleert und kontrolliert". Mehr als ein Kilo Zucker dürfe hier niemand transportieren. Dann heißt es, man helfe der LTTE beim Nachschub. Und Stickstoffdünger für die Reisfelder ist auch verboten. "Alles nur inoffiziell, versteht sich. Offiziell gibt es für den Osten keine Verbotsliste für Waren, so wie es eine für den Norden gibt".

Ob in Colombo jemand von diesen Praktiken weiß, bleibt unklar. Aber im Osten hat nicht - wie vielfach behauptet - die zivile Regierung mit dem Government Agent an der Spitze das Sagen, sondern weiterhin das Militär. Es bildet eine Art Schattenregierung. Nichts geht ohne den sogenannten Coordinating Officer der Streitkräfte. "Das einzige, was sich hier zum Positiven gewendet hat, ist, daß wir jetzt schon einige Wochen keine Schießereien mehr gehört haben", meint S. Sukunadas, Präsident der 'Young Men's Christian Association'.

Viele mißtrauen jedoch nicht nur dem Militär. Auch der LTTE gegenüber ist man äußerst skeptisch. "In gewisser Weise muß man die Soldaten und die Polizei ja verstehen", gibt der Abgeordnete Pararajasingham zu bedenken.



Die Landwirtschaft im Osten ist weiterhin beeinträchtigt (Foto: Walter Keller)

Im Juni 1990 habe die LTTE den Krieg durch die brutale Ermordung von mehreren Hundert Polizisten hier in Batticaloa wieder entfacht. Die Sicherheitskräfte seien halt auf der Hut.

Daß alles viel zu langsam gehe, ist immer wieder zu hören. Tatsächlich waren es nur Kurzgespräche, die bisher zwischen Vertretern der beiden Seiten nach der Unterzeichnung eines "Abkom-

mens zur Einstellung von Feindseligkeiten" geführt wurden. Die Delegation der Regierung flog jeweils morgens von Colombo mit einer Militärmaschine ins nördliche Jaffna und kehrte nachmittags in die Hauptstadt zurück. Über die Frage, wie der vertrackte Konflikt politisch gelöst werden kann, ist bisher nicht gesprochen worden. Weder hat die Regierung ihr Angebot, noch hat die LTTE ihre Forderungen diesbezüglich auf den Tisch gelegt. Die LTTE hat sogar erklärt, sie sei nicht an politischen Gespräche interessiert, vielmehr wolle man nur über organisatorische und logistische Fragen sprechen. So ging es bei den bisherigen Gesprächen im Vergleich zu den kaum lösbar erscheinenden politischen Fragen eher um Nebensächliches, wenn auch für viele Essentielles: Die Aufhebung des Transportverbots für eine ganze Liste von Gütern in den von der LTTE kontrollierten Norden der Insel. Damit hatte die bis August letzten Jahres amtierende 'United National Party' versucht, die von der Guerilla kontrollierten Gebiete wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Bis auf militärisches Gerät wie Waffen und Munition ist das Verbot in den letzten Wochen sukzessive aufgehoben worden. Wer allerdings die Kontrollen am Checkpoint in Thandikulam, der de facto Grenze zwischen tamilischen und



Nach wie vor werden Reisende am nördlichen Kontrollpunkt Thandikulam übergründlich kontrolliert (Foto: Walter Keller)

sinha
Kilon
beob
Milit
grün
Tage
wiede
Singa
ein
verka
seine
schwe
zu ka
habe
kritisi
hänge
chen
man e
oder
lomb
nicht'
Sprec
offens
ihr g
über
Imm
Verha
der 'E
Halbi
binde
eine
westli
werde
chen
kerun
währe

sinhalesischen Gebieten etwa 250 Kilometer nördlich von Colombo beobachtet wird feststellen, daß das Militär dort nach wie vor die Reisenden gründlich filzt. "Ich reise etwa alle 14 Tage von Jaffna nach Colombo und wieder zurück", erzählt Herr Singarayar, der mit Kisten, Koffern und einem neuen Fahrrad, das er in Jaffna verkaufen will, in der heißen Sonne auf seine Abfertigung wartet, um die beschwerliche Reise nach Jaffna fortsetzen zu können. "Von Reiseerleichterungen habe ich bisher noch nichts gemerkt", kritisiert er das Verfahren und meint, es hänge häufig von den einzelnen männlichen und weiblichen Soldaten ab, ob man einen Gegenstand mitnehmen könne oder nicht. "Vorschriften, die in Colombo erlassen werden, zählen da nicht". Dies kritisiert auch Tamilselvam, Sprecher der LTTE: "Die Regierung ist offensichtlich nicht in der Lage, die von ihr getroffenen Entscheidungen gegenüber dem Militär durchzusetzen".

Immer wieder ins Stocken geraten die Verhandlungen wegen der Frage, ob nun der 'Elephant Pass' - ein Damm, der die Halbinsel Jaffna mit dem Festland verbindet - oder die Sangupiddy Route - eine ehemalige kurze Fährverbindung westlich des 'Elephant Pass' -, geöffnet werden sollten. Dies würde zu wesentlichen Reiseerleichterungen für die Bevölkerung der Jaffna-Halbinsel führen, die während der letzten Jahre nur mit der

von der LTTE organisierten gefährlichen, weil offiziell verbotenen, Überfahrt mit kleinen Booten über die Kilali Lagune das Festland erreichen konnte, um von dort aus weiter in den Süden zu reisen. Die Regierung wirft in diesem Zusammenhang der LTTE vor, sie mache die Auflösung des Militärlagers in Pooneeryn - einer kleinen Enklave der Regierungstruppen im ansonsten von den 'Tamil Tigers' kontrollierten Gebiet - zu einer nicht akzeptablen Vorbedingung für die Öffnung des 'Elephant Pass' bzw. der Fährverbindung. Um der LTTE entgegenzukommen, hat die Regierung Ende Januar vorgeschlagen, den umstrittenen Stützpunkt um etwa einen halben Kilometer zu verlegen. Außerdem wurde zugesagt, daß das Militär keinen Einfluß auf den Personen- und Güterverkehr von und nach Jaffna nehmen werde.

Um den nur schleppend vorangehenden Friedensprozeß von außen zu beeinflussen, haben sich in den südlichen Landesteilen zahlreiche Initiativen gegründet. In Aufrufen an die Regierung und die LTTE fordert die 'Campaign for Peace With Democracy' beide Parteien auf, den derzeit laufenden Friedensprozeß nicht zu verzögern und durch neue Forderungen und Behinderungen zu stören. Die Regierung wird aufgefordert, ihre Lösungsvorschläge für den Volksgruppenkonflikt zu veröffentlichen und dabei die Interessen der tamilischen und moslemischen Bevölkerung zu berück-

sichtigen. Um das Vertrauen der Minderheiten zurückzugewinnen und die Situation weiter zu entspannen, solle die Regierung nationale Institutionen wie Polizei, Streitkräfte und die öffentliche Verwaltung in einer Weise umorganisieren, daß diese Bereiche die multi-ethnische Struktur der srilankischen Gesellschaft widerspiegeln.

Die Organisatoren der Kampagne fordern von der LTTE, daß auch sie ihre Vorstellungen für eine demokratische Ordnung bekannt gibt. Um den Friedensprozeß nicht zu verzögern, solle die LTTE auf jegliche gewalttätige Aktionen verzichten. Sie wird aufgefordert, in den von ihr kontrollierten Gebieten Meinungsfreiheit zu garantieren und staatlichen Institutionen zu erlauben, mit dem Wiederaufbau des Ausbildungs- und Gesundheitswesens sowie der Infrastruktur zu beginnen, wofür die Regierung bereits Pläne mit einem finanziellen Gesamtvolumen in Höhe von umgerechnet 1,3 Milliarden Mark vorgelegt hat. Um den Friedensprozeß voranzutreiben und die Wiederherstellung von Normalität zu beschleunigen, soll die LTTE nationalen und internationalen Hilfsorganisationen die Möglichkeit geben, in den nordöstlichen Regionen tätig zu werden.

Daß die Kämpferinnen und Kämpfer der 'Tamil Tigers' womöglich anderes im Schilde führen könnten, vermuten nicht wenige. Sie glauben, die LTTE fordere bewußt so viele Zugeständnisse



Verliert die Armee im Osten wieder die Kontrolle? (Foto: Walter Keller)

von der Regierung, um so der tamilischen Bevölkerung sagen zu können: 'Seht her, auch von diesem Regime haben wir Tamilen nichts zu erwarten.' Egentliches Ziel sei, auf Zeit zu spielen, um gerade im Osten verlorenes Terrain wieder zurück zu gewinnen. Vor allem die Militärs sind skeptisch und glauben, die LTTE verfolge nach wie vor die Schaffung eines eigenen Tamilenstaates auf der Insel. Mit einem gewissen Stolz verweist man darauf, daß es in den vergangenen zwei Jahren gelungen sei, die LTTE weitgehend aus den Ostgebieten zu verdrängen. Was der Guerilla blieb, war der Rückzug in die Dschungelgebiete westlich der Lagunen oder ein kompletter Abzug in die nördlichen Gebiete, die weitestgehend von ihr beherrscht werden. Dort war sie in der Lage, eine Parallelregierung mit eigener Verwaltung, Polizei und Gerichten aufzubauen. Auf die Opfer, die mit diesem Errungenschaften verbunden waren, hat jüngst nochmals ihr politischer Berater, Anton Balasingham, hingewiesen und damit wohl sagen wollen, daß man sich mit "peanuts" nicht abspeisen lassen werde: "Wir haben 40 Jahre für unsere Rechte gekämpft und einiges erreicht. 30.000 Zivilisten und 7.000 Kämpfer haben dafür ihr Leben gelassen".

Ganz wie es die Streitkräfte befürchtet haben, machen sich die 'Tamil Tigers' nun wieder in der Ostprovinz breit, die nach ihrem Verständnis Teil des "Tamil Homeland" ist. Aber unter dem existierenden Abkommen zur "Beendigung der Feindseligkeiten" sind den Militärs weitgehend die Hände gebunden. Die LTTE-Kader können sich dort ziemlich frei bewegen und selbst die für Normalbürger oft peinlichen Kontrollen problemlos dadurch passieren, indem sie kurz auf ihre Zyanidkapsel hinweisen, die sie um den Hals tragen und die sie quasi als LTTE-Kämpfer ausweist. Über eintausend von ihnen seien so während der letzten Wochen wieder in den Osten eingedrungen, glauben die Militärs. Joseph Pararajasingham hält diese Zahl für zu hoch. "Aber einige Hundert werden es sein und mehr werden womöglich noch kommen". Eine ziemlich absurde Situation und ein Pokerspiel für die neue Präsidentin, die Ende Januar erstmals den Friedenswillen der 'Tamil Tigers' angesichts der angeblich von ihnen verübten 200 Verstöße gegen das bilaterale Abkommen in Frage gestellt hat.

Yuvaraj, Soziologe von der 'Eastern University', einer Kleinuniversität mit wenigen hundert Studentinnen und Studenten nahe der Stadt Batticaloa, hält das Verhalten der LTTE für sehr gefährlich. "Das Abkommen mit der Regierung garantiert der LTTE uneingeschränkte Bewegungsfreiheit. Ihre Kader gehen nun in die Dörfer, sprechen mit Leuten,

versuchen Zusammenkünfte zu organisieren. Andere setzen Händler in den Städten unter Druck, um Geld zu erpressen. Der militärische Geheimdienst beobachtet solche Aktivitäten ganz genau. Und wenn es wieder zu neuen Feindseligkeiten kommen sollte, dann sind Leute, die gewollt oder ungewollt mit der LTTE Kontakt hatten, die ersten Opfer des anschließend zu vermutenden Terrors durch die Streitkräfte." Andere behaupten, die Guerilla rekrutiere bereits wieder neue Kader im Osten. So herrscht eine allseits gespannte Lage - jeder mißtraut dem anderen, keine allzu günstige Voraussetzung für dauerhaften Frieden.

Hinzu kommen zahlreiche andere Probleme. Zum Beispiel die vielen Flüchtlinge, die seit Jahren in Lagern leben und nicht nach Hause können oder wollen. Die neue Regierung macht zwar große Anstrengungen, das Flüchtlingsproblem zu lösen, denn landesweit lebten den neuesten Statistiken des Ministeriums für Wiederaufbau und Rehabilitation zufolge Ende des letzten Jahres noch über 170.000 Menschen in Flüchtlingslagern, weitere knapp 360.000 sind auf die Gastfreundschaft von Verwandten und Bekannten angewiesen. Im Batticaloa-Distrikt sind es noch über 32.000 Menschen, die bereits seit Jahren nicht mehr in ihren Dörfern leben. "Viele wollen noch nicht zurück", weiß Yuvaraj. "Die Leute denken sehr rational. Sie haben ihre Erfahrungen gemacht und trauen dem derzeitigen Frieden noch nicht. In den Lagern sind sie am sichersten, wenn es zu neuen Auseinandersetzungen kommen sollte".

Für andere sind die Wiedereingliederungsbeihilfen der Regierung zu niedrig. Umgerechnet 800 Mark sind einfach zu wenig, um eine neue Existenz beginnen zu können. In einigen Flüchtlingslagern um die Distrikthauptstadt Vavuniya im Norden, wo mehrere tausend aus Indien zurückgekehrter Flüchtlinge leben, die aus den verschiedensten Gründen nicht in ihre Heimatgebiete können oder wollen, haben sich bereits alternative Dorfstrukturen entwickelt. Im Camp von Asikulam, das vom UNHCR geführt wird, gibt es bereits kleine Läden und ein Videokino und sogar eine illegal betriebene Toddy- und Arrackbar. "Die Leute scheinen hier dauerhaft bleiben zu wollen", befürchtet der UNHCR Repräsentant in Vavuniya, David Adrian.

Die wenigen, die während der letzten Monate in ihre Dörfer zurückkehrten, bebauen häufig nur soviel Land, wie sie zum Überleben brauchen. "Schon dreimal haben uns Soldaten in den letzten Jahren die Ernte vernichtet, haben unser Vieh umgebracht. Wir investieren nur noch soviel, wie unbedingt notwendig ist", erzählt ein Bauer, der sich vor einigen Monaten mit Familie wieder auf sei-

nem Land niederließ. Auf ein anderes Problem im Zusammenhang mit Flüchtlingen macht Herr Sivasanmugam aufmerksam. Der 55-jährige Tamile ist Organisator der 'Peoples Alliance' und Präsident der Kooperative von Vavunaitheevu nahe Batticaloa. "35 Familien können nicht in ihr Dorf zurückkehren, weil die Armee seit 1990 in ihren Häusern lebt". Kein Einzelfall. Die Streitkräfte haben sich während der vergangenen Jahre flächendeckend über die Ostprovinz ausgebreitet, haben alle zwei, drei Kilometer große Kasernen oder kleine, sogenannte Detachments, errichtet, um von dort aus die LTTE in Schach halten und ihr erneutes Eindringen vermeiden zu können. Ganze Dörfer mußten da weichen oder wurden kurzerhand zum Schrecken ihrer Bewohner in die Lager "integriert".

"Ein Problem bereiten uns die entlassenen Strafgefangenen, die kürzlich nach einer Amnestie freikamen", berichtet Herr Sivapathasundaram, Sekretär der 'Young Men's Hindu Association' im weiter nördlich liegenden Trincomalee. Hunderte Männer und einige Frauen hätten jahrelang ohne Anklage und Verurteilung eingesperrt und kämen jetzt in ihre Heimat zurück. "Was soll aus diesen Menschen werden?" fragt er und meint, "dies alles sei angesichts der zu bewältigenden politischen Aufgaben aber eher zweitrangig".

Wie es jetzt in Sri Lanka weitergeht, bleibt unklar. Nach wie vor gibt es Chancen, bei gutem Willen auf beiden Seiten zu einer dauerhaften Friedenslösung zu gelangen. "Eine solche Gelegenheit zur Konfliktlösung hat es während der vergangenen zehn Jahre nicht gegeben. Und sie wird nicht wieder kommen", meint Charles Abeyasekera von der Menschenrechtsorganisation 'Movement for Interracial Justice and Equality' in Colombo. "Die Kontrahenten sollten sie nutzen, weil sich die Menschen in unserem Land nach Frieden sehnen." Die nächsten Wochen werden vermutlich entscheiden, ob sich aus einem "Abkommen zur Beendigung von Feindseligkeiten" ein enger Dialog ergeben kann, an dessen Ende dauerhafter Frieden steht. "Wir dürfen nicht allzu schnell eine Lösung erwarten", meint Manoranjan, tamilischer Koordinator der Kampagne für Frieden und Demokratie in Colombo. Mit hunderten von sinhalesischen und tamilischen Freiwilligen geht er in die Dörfer, um für Frieden und Verständnis zwischen den Völkern der Insel zu werben. "Das Vertrauen, das es zwischen Tamilen und Sinhalesen immer gab, ist durch die Politik der letzten Jahrzehnte zerstört und durch Haß ersetzt worden. Und genau dies müssen wir überwinden. Aber das ist ein riesiges Stück Arbeit".